

II-233 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

BUNDESMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG

GZ 10.001/89-Par1/90

Herrn Präsidenten
des Nationalrates
Dr. Heinz FISCHER

Parlament
1017 WIEN

7 IAB

1990 -12- 18

ZU 25 IJ

Wien, 17. Dezember 1990



Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 25/J-NR/90, betreffend "Existenzlektoren", die die Abgeordneten Klara MOTTER und Genossen am 22. November 1990 an mich richteten, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

ad 1) bis 5)

Selbstverständlich ist dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung die Entschliebung des Nationalrates hinsichtlich der Fortsetzung der "Lektorenaktion" bekannt. Das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung ist mit diesem Problem aber nicht erst seit dieser Entschliebung, sondern bereits seit 1983 befaßt, als erstmals Stellen für "Existenzlektoren" geschaffen wurden. Die Zahl dieser Stellen wurde 1984 aufgestockt. Seit 1985 aber scheitert die alljährlich vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung beantragte Fortsetzung der "Lektorenaktion" an der Ablehnung des Bundeskanzleramtes und des Bundesministeriums für Finanzen.

Auch für den Stellenplan 1991 werde ich selbstverständlich wieder die notwendige Anzahl von entsprechenden Stellen fordern, bisher gab es allerdings noch keine Stellenplanverhandlungen.

Nach dem derzeitigen Stand wären - geht man von Lehraufträgen von 10 oder mehr Wochenstunden aus - etwa 250 zusätzliche Planstellen erforderlich, hievon etwa 30 an den Universitäten und etwa 220 an den Kunsthochschulen.

Es wird abzuwarten sein, ob im Stellenplan 1991 die für die Fortsetzung der "Lektorenaktion" erforderliche Zustimmung des Bundeskanzleramtes und des Bundesministeriums für Finanzen zu erreichen sein wird.

- 2 -

Eine unmittelbare budgetäre Auswirkung der "Lektorenaktion" ergibt sich durch die damit verbundene Umschichtung vom Sach- (Lehraufträge) zum Personalaufwand (Planstellen). Ob dadurch in Summe eine Mehrbelastung oder Entlastung des Budgets erzielt wird, kann nicht beantwortet werden, bevor nicht jeder Einzelfall (Vorrückungstichtag) durchgerechnet ist.

Dem Grunde nach sollte diese Aktion aber aufkommensneutral sein, d.h., diese Lehrauftragsstunden dürften nicht neuerlich als Lehraufträge vergeben werden.

Der Bundesminister:

